



Detailansicht des Registereintrags

Rona Duwe

Aktuell seit 07.08.2026 17:03:11

Natürliche Person

Registernummer:	R007165
Ersteintrag:	16.12.2024
Letzte Änderung:	07.08.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	04.08.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatperson

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,00

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (12):

Diversitätspolitik; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Gesundheitsversorgung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Kriminalitätsbekämpfung; Opferschutz; Meinungs- und Pressefreiheit; Politisches Leben, Parteien; Strafrecht; Zivilrecht; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Für die Bundestagswahl 2025 erfragte das von mir entwickelte Projekt „Was ist eine Frau?“ auf der Website <https://www.was-ist-eine-frau.de> von Bundestagsmitgliedern und sich zur Wahl stellenden Kandidaten aller Parteien die Beantwortung der Frage, was eine Frau ist, über ein einfaches Multiple-Choice-Formular. Ein offener Brief wurde an Abgeordnete und Kandidaten gesendet. Wählerinnen und Wähler erhielten Anregungen und Materialien, mit denen sie diese Frage selbst an ihre Kandidaten und Abgeordneten stellen und mit ihnen ins Gespräch kommen konnten.

Das Projekt basiert auf dem Grundgesetz Artikel 3 Absatz 2, der den Staat zur „tatsächliche(n) Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern“ verpflichtet und darauf, „auf die Beseitigung bestehender Nachteile“ hinzuwirken. Für die Umsetzung dieser Verpflichtung müssen die Abgeordneten des Bundestags eine klare Definition davon haben, was eine Frau ist.

Das Projekt wird als Dialogplattform für Frauenrechte weitergeführt. Es dokumentiert Vorfälle, übt Medienkritik, veröffentlicht Recherchen und einen Newsletter und stellt offene Briefe zur Verfügung, die Bürgerinnen und Bürger an Abgeordnete des Deutschen Bundestages, an Gremien der Länder und an weitere Stellen senden können. Darüber hinaus richte ich eigene offene Briefe und Stellungnahmen an Abgeordnete, Fraktionen und Ausschüsse des Deutschen Bundestages sowie an die Bundesregierung.

Unter <https://www.grundgesetz-schuetzen.de> betreibe ich eine Kampagne gegen die Aufnahme der „sexuellen und geschlechtlichen Identität“ in Artikel 3 des Grundgesetzes und für den Erhalt des geschlechtsbasierten Schutzes von Mädchen und Frauen. Dort werden eine Briefvorlage für Zuschriften an Abgeordnete des Deutschen Bundestages sowie eine Petition bereitgestellt.

Konkrete Regelungsvorhaben (7)

1. Selbstbestimmungsgesetz ändern bzw. abschaffen

Beschreibung:

Das Projekt zielt auf die Abschaffung eines selbst bestimmten Geschlechtseintrags, bzw. auf eine Änderung, die die geschlechtsbasierten Rechte von Mädchen und Frauen sicherstellt und den Kinderschutz gewährleistet.

Betroffenes geltendes Recht:

SBGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]; Politisches Leben, Parteien [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. SG2504150049 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

2. SG2504150051 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.03.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

3. SG2608070025 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

4. SG2608070026 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.09.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

2. Änderung des Konversionstherapieverbot

Beschreibung:

Aus dem Gesetz zum Schutz vor Konversionsbehandlungen sollte "Geschlechtsidentität" gestrichen und der Passus in Paragraph 1, Absatz 3 entfernt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

KonvBehSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]

3. Grundgesetz Artikel 2 und 3 schützen

Beschreibung:

Grundgesetz Artikel 3, Absatz 2 und 3 sollten weiterhin den Schutz von Mädchen und Frauen aufgrund des Geschlechts sicherstellen. Die Aufnahme von "sexueller und geschlechtlicher Identität" soll verhindert werden. In Grundgesetz Artikel 2, Absatz 1 soll der zweite Teil "soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt" erhalten bleiben zum Schutz von Mädchen und Frauen.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2504150050 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

4. **Rechtsgrundlage für Leistungen zur Geschlechtsangleichung im SGB V klarstellen**

Beschreibung:

Zwei Anträge fordern, Ansprüche auf körpermodifizierende bzw. geschlechtsangleichende Behandlungen im SGB V zu verankern (BT-Drs. 21/7350 und 21/7061). Das Projekt „Was ist eine Frau“ wendet sich gegen die Schaffung solcher Ansprüche, weil damit die Anforderungen an den Nachweis von Nutzen und medizinischer Notwendigkeit umgangen würden, die das Bundessozialgericht mit Urteil vom 19.10.2023 (B 1 KR 16/22 R) aufgestellt hat. Der Antrag der Fraktion Die Linke sieht zudem vor, auf das Erfordernis eines besonderen Leidensdrucks zu verzichten. Ebenfalls Gegenstand ist die Rechtsgrundlage der Beauftragung des Gemeinsamen Bundesausschusses. Ziel ist, dass entsprechende Leistungen – insbesondere bei Minderjährigen – nur auf Grundlage belastbarer Evidenz erbracht werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/7350 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Selbstbestimmung und Versorgungssicherheit bei Geschlechtsinkongruenz gewährleisten

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/7061 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Versorgung von transgeschlechtlichen und nichtbinären Menschen sicherstellen

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2608070020 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.04.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

2. SG2608070021 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.04.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

5. Umsetzung der EU-Änderungsrichtlinie Menschenhandel geschlechtsdifferenziert ausgestalten

Beschreibung:

Zum Themenkomplex liegen der Gesetzentwurf der Bundesregierung (BT-Drs. 21/6584) und der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (BT-Drs. 21/6347) vor. Das Projekt „Was ist eine Frau“ wendet sich dagegen, dass die Geschlechterperspektive unberücksichtigt bleibt: Der Regierungsentwurf bezeichnet seine Regelungen ausdrücklich als geschlechtsneutral, obwohl Frauen und Mädchen die weit überwiegende Mehrheit der Betroffenen von Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung sind. Abgelehnt wird zudem die im Antrag geforderte gesetzliche Verankerung und dauerhafte Finanzierung der Berichterstattungsstelle Menschenhandel des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Ziel ist eine geschlechtsdifferenzierte Ausgestaltung der Umsetzung.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/6584 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der strafrechtlichen Verfolgung des Menschenhandels und der sexuellen Ausbeutung sowie zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1712

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/6347 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Betroffene besser schützen - Menschenhandel und Zwangsprostitution bekämpfen

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]; StPO [alle RV hierzu]; AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu];

Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Opferschutz [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2608070022** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.06.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

6. Informationsfreiheitsgesetz erhalten

Beschreibung:

Der Koalitionsausschuss hat am 02.07.2026 in Punkt 32 seines Reformprogramms beschlossen, das Informationsfreiheitsgesetz einzuschränken; die Bundesregierung hat dies in ihrer Antwort auf schriftliche Fragen (BT-Drs. 21/7180) bestätigt. Ein Gesetzentwurf des Bundesministeriums des Innern ist in Vorbereitung. Das Projekt „Was ist eine Frau“ setzt sich für den Erhalt des Gesetzes ein, weil Informationsfreiheitsanfragen ein niedrigschwelliges Mittel sind, um Missstände zulasten der Rechte von Mädchen und Frauen aufzudecken – etwa die Unterbringung von Männern in Frauengefängnissen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/7180 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 13. Juli 2026 eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Betroffenes geltendes Recht:

IFG [alle RV hierzu]; IFGGebV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]; Politisches Leben, Parteien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2608070023** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.05.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. Rechtsstatus und parlamentarische Kontrolle des Deutschen Instituts für Menschenrechte klarstellen

Beschreibung:

Das Bundesverfassungsgericht hat die Frage, ob das Deutsche Institut für Menschenrechte als staatlich mandatierte Einrichtung oder als Nichtregierungsorganisation handelt, dem Parlament überlassen. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (BT-Drs. 21/6347) fordert, die Berichterstattungsstelle Menschenhandel des Instituts gesetzlich zu verankern und dauerhaft aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren. Das Projekt „Was ist eine Frau“ wendet sich gegen eine Verankerung ohne vorherige Klärung des Rechtsstatus und setzt sich für eine gesetzliche Klarstellung sowie eine wirksame parlamentarische Kontrolle ein. Nach den Recherchen der Initiative „Geschlecht zählt“ legt das Institut CEDAW und die Istanbul-Konvention transgenderideologisch aus.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/6347 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Betroffene besser schützen - Menschenhandel und Zwangsprostitution bekämpfen

Betroffenes geltendes Recht:

DIMRG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Politisches Leben, Parteien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2608070024** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.04.2026 an:

Bundestag

Organe [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro